

Netzwerke parastaatlicher und paramilitärischer Akteure PMCs / PSCs

US Firmen benötigen eine **Lizenz**, die sie vom **State Department** erhalten. PMCs und PSCs unterliegen in den USA auch rechtlichen Normen (z.B.: „*International Transfer of Arms Regulation*“ des „*Arms Export Control Act*“).

MPRI

Auftraggeber sind:

- US Regierung,
- Ausländische Regierungen,
- Private Organisationen

Konfliktlösungen sollen unter höchsten Standards und kosteneffektiv erreicht werden. Im Mittelpunkt eines Einsatzes stehen Verteidigung, Öffentliche Sicherheit und leadership development.

Das **Headquarter** von MPRI liegt in Alexandria, Virginia. Büros gibt es auch in mehreren US-Bundesstaaten und Ländern außerhalb der USA. Die Höhe der Beschäftigten wird mit über 700 angegeben. **Rekrutiert** wird aus den oberen Führungsschichten ehemaliger Militärs, law enforcement und aus anderen Berufszweigen.

Die **Einsatzorte** bzw. Geschäftspartner sind/waren Länder wie: Kolumbien, Südafrika, Nigeria, Mazedonien, Federation of Bosnia and Herzegovina, Kroatien, Ukraine, Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Saudi Arabia und Taiwan.

Sandline

Sandline ist spezialisiert auf **Problemlösungs** und **Consulting**-Tätigkeiten in Krisenregionen. Als Zweck wird die Unterstützung von Regierungen und legitimierten Organisationen angegeben. Der Firmensitz befindet sich auf den **Bahamas**, hat aber auch Vertretungen in London und Washington.

Geschäftsbeziehungen werden nur aufgenommen, wenn eine bzw. mehrere der folgenden Bedingungen vorliegen:

- eine international anerkannte Regierung (demokratisch gewählt)
- eine internationale Institution (wie z.B. UN)
- eine international anerkannte und unterstützte liberale Bewegung.
- muss legal sein und unter moralischen Gesichtspunkten handeln
- Militärs müssen nach Standards der ersten Welt aufgebaut sein
- ein Einsatz findet ausschließlich innerhalb der eigenen Grenzen des Geschäftspartners statt.

In den Führungsfunktionen stehen Ex-Militärs aus den Streitkräften von GB und den USA.
Folgende „Produktpalette“ wird angeboten:

- Strategische, operationelle und taktische Planung
- Operationelle Analysen
- Streitkräfteumgliederungen
- Gefahrenanalysen

Kolumbien – Fallbeispiel

Bereits seit Beginn der 1990er Jahre konnte die kolumbianische Regierung für die Sicherheit der einheimischen und ausländischen Unternehmen in den nördlichen Erdölgebieten Kolumbiens nicht mehr garantieren. *British Petroleum* (BP) wandte sich angesichts zunehmender Erpressungsversuche und Sabotageakte durch die Guerillaorganisation ELN 1992 an die in London ansässige *Defence Systems Limited*.¹ Diese gründete für den Großauftrag in Kolumbien eine Tochtergesellschaft, *Defence Systems Colombia (DSC)*. *DSC* bekam von BP den Auftrag, die sicherheitstechnische Zusammenarbeit mit der kolumbianischen Armee und Polizei zu koordinieren. Mit Zustimmung von BP begann *DSC* damit, auch die kolumbianische Polizei in der Bekämpfung von Guerillakriegstechniken zu schulen, was klar auf eine aktive Bekämpfung der ELN gemünzt war. Im April 1996 kamen BP und die kolumbianische Polizei vertraglich überein, gemeinsam eine Polizeieinheit aufzustellen, die von *DSC* trainiert werden und dann die Ölanlagen schützen sollte. Als die ELN im Mai den Ölkonzern massiv angriff, wurde *DSC* direkt dazu abgestellt die Polizeitruppen zu trainieren und im Kampf gegen die ELN zu unterstützen.² Bei den damit verbundenen Einsätzen kam es zu schweren Menschenrechtsverletzungen, die wiederum eine Kampagne von Menschenrechtsorganisationen gegen BP nach sich zogen.

Nach der folgenden Neuverhandlung der (nicht öffentlich gemachten) Verträge gab BP an, dass *DSC* einer auf die Achtung der Menschenrechte bezogenen Klausel zugestimmt habe und im Fall von Zuwiderhandlungen Sanktionen vorgesehen seien. Weiterhin sei laut Vertrag untersagt, dass Ölfirmen unter Umgehung des Verteidigungsministeriums direkt Gelder an Militär und Polizei zahlen.

Neben dem Unternehmensschutz waren PSCs in Kolumbien vor allem im Auftrag der amerikanischen Regierung tätig. Bereits seit Anfang der 1990er Jahre sind verdeckte amerikanische Militärberater und Angehörige von Spezialstreitkräften mit der Bekämpfung des in Kolumbien überhand nehmenden Drogenhandels beauftragt.³ Bereits seit 1997 hat die amerikanische PSC *DynCorp* einen Vertrag mit der amerikanischen Regierung. Bei *DynCorp* handelt es sich um eine der größten PSC weltweit. Das Unternehmen weist einen Jahresumsatz von etwa 1,8 Milliarden US-Dollar auf und kann eine Vielzahl von Dienstleistungen anbieten.

DynCorp ist besonders mit Flugzeugen, Hubschrauber-Teams und Verwaltungsfachleuten in Kolumbien vertreten und vor allem mit der Vernichtung der Koka-Ernte beauftragt. ⁴ Gleichzeitig arbeitet *DynCorp* aber auch mit der kolumbianischen Armee im Auftrag der US-Regierung zusammen. Das Auftragsvolumen des zwischen *DynCorp* und der US-Regierung für den Raum Lateinamerika im Jahre 1997 geschlossenen 5-Jahres-Vertrages weist die erstaunliche Höhe von 600 Millionen US-Dollar auf. ⁵

Der im Jahr 1999 vom kolumbianischen Präsidenten Pastrana vorgelegte *Plan Colombia* zur Bekämpfung des Drogenanbaus und der daraus resultierenden Folgen setzt hauptsächlich auf militärische —Drogen- und Subversionsbekämpfung. ⁶Die Vereinigten Staaten gewährten für

den *Plan Colombia* allein im Jahr 2000 ca. 1,3 Milliarden US-Dollar. Das Auftragsvolumen auch der von der US-Regierung unter Vertrag genommenen PSCs stieg damit nochmals an. Angesichts dieser Entwicklung verabschiedete der US-Kongress im Jahr 2000 ein Gesetz gegen die — „Vietnamisierung“ Kolumbiens im Zuge des *Plan Colombia*. Danach durfte die Zahl der US-Militärangehörigen 500 und die der angeworbenen Privatpersonen 300 nicht mehr übersteigen. ⁷ Die Einhaltung dieser Obergrenzen ist jedoch unrealistisch. Die Situation in Kolumbien ist damit zumindest ansatzweise mit der in Sierra Leone vergleichbar. Das Gewaltmonopol des Staates ist durch die hohe Gewalttrate nicht nur bedroht, es ist in Teilen des Territoriums nicht mehr vorhanden. Multinationale Unternehmen sorgen in Kolumbien deshalb durch eine Auftragsvergabe an PSCs selbst für ihren Schutz.

Eine problematische Besonderheit stellt dagegen der Einsatz von PSCs durch die US-Regierung in einem souveränen Drittstaat dar. In Kolumbien sind amerikanische PSCs nicht im Auftrag der kolumbianischen Regierung tätig, sondern sie wurden dort unmittelbar von der US-Regierung hin entsandt. Die Bedeutung eines solchen Schrittes für das Gewaltmonopol des Staates Kolumbiens wurde bislang selten thematisiert. Die Regierung Kolumbiens hat gegen die Entsendung der PSCs keinerlei Einwände erhoben; und dennoch ist Kolumbien damit das erste bekannt gewordene Beispiel für einen Staat, in dem im Auftrag eines anderen Staates PSCs einen militärischen Auftrag erfüllen. Eine ähnliche Tendenz ist auch in Afghanistan, nach dem Sturz der Taliban, zu beobachten.

Risiken von PMCs und PSCs

- Insbesondere im Falle eines langfristigen Engagements und vor dem Hintergrund mittel- bis langfristiger Rohstoffinteressen ist eine **politische Einflussnahme von PSCs auf die Regierung des Gastlandes** nicht auszuschließen. Ausmaß und Grenzen einer solchen politische Einflussnahme sind kaum abschätzbar und erschweren den politischen Umgang mit den betreffenden Staaten.
- Mittelfristig problematischer als die Wahrung ökonomischer Interessen einer PSC durch unmittelbare Einflussnahme auf die Regierung des Auftraggeberlandes ist die **mittelbare Einflussnahme von Seiten dritter Staaten** durch PSCs. Private Sicherheitsunternehmen handeln

im Auftrag dessen, der sie bezahlt. Die Wünsche der Regierung des Staates, in dem sie tätig sind, finden im Falle einer externen Beauftragung höchstens untergeordnete Beachtung. In vielen Fällen sind die Regierungen der betroffenen Staaten zwar mit den Aktivitäten der PSCs einverstanden. Es besteht jedoch immer das Risiko, dass PSCs ohne Wissen oder gegen den Willen einer anerkannten Regierung auf deren Territorium tätig werden.

- Vor diesem Hintergrund wird **das Fehlen politischer Kontrolle** von PSCs zu einem weiteren Risiko. Europäische und (eingeschränkt) südafrikanische PSC sind in den Einsatzländern einzig den sich selbst oder durch das Gastland gesetzten Standards zur Wahrung der Menschenrechte und der demokratischen Grundwerte verpflichtet. ⁸ Ein internationales Kontrollorgan für PSCs existiert nicht. Nur beim Bekanntwerden eines Einsatzes und eines Einsatzgebietes wird die Arbeit von PSCs unter Umständen von Journalisten oder Menschenrechtsorganisationen beobachtet.
- **Eine Verletzung von Politikstandards** seitens einer PSC ist vor diesem Hintergrund nur schwer sanktionierbar. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn PSCs für Unternehmen tätig werden. Nicht selten widerspricht die Unternehmenspolitik multinationaler rohstofffördernder Konzerne den in den Industriestaaten festgelegten Standards bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten oder des Umwelt- und Naturschutzes.
- Angesichts fehlender Kontroll- und Sanktionsmechanismen handeln PSCs nicht selten in einer **völkerrechtlichen Grauzone**. Nach wie vor finden sich Fälle, in denen PSCs auf Seiten von Rebellenbewegungen tätig werden. In diesem Fall handeln sie nach den Normen der Anti-Söldner-Konvention der Vereinten Nationen sogar eindeutig völkerrechtswidrig.

Chancen von PMCs und PSCs

- PSCs agieren oft als Unternehmensschützer in Entwicklungsländern. Sie können deshalb zur **Schaffung stabiler Rahmenbedingungen zur wirtschaftlichen Entwicklung** beitragen. In einigen Staaten wäre der Abbau natürlicher Ressourcen ohne den Schutz durch PSCs nicht möglich. Den betroffenen Regierungen würden ohne das Engagement von PSCs wichtige Einnahmen entgehen.
- In der humanitären Hilfe und Entwicklungspolitik tätige Nicht-Regierungsorganisationen und die UNO wenden sich zu ihrem Schutz in Krisengebieten seit langem an PSCs. ⁹ Der private **Schutz international tätiger Hilfsorganisationen** ermöglicht es, dass diese ihren zivilen Aufgaben in Ländern wie z.B. Somalia, Sierra Leone, Sudan, Ruanda, Kolumbien, Indonesien oder auch Bosnien gerecht werden können. CARE Canada machte im Jahre 2000 deshalb den Vorschlag, private Sicherheitsunternehmen generell zum Schutz des Personals von Nicht-Regierungsorganisationen in Bürgerkriegsgebieten anzuwerben. ¹⁰
- Angesichts der generellen Zurückhaltung, die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts bezüglich des politischen oder gar militärischen Eingreifens in

interne Konflikte der Entwicklungsländer festzustellen ist, sind PSC in vielen Fällen die einzigen Akteure, die Regierungen in Entwicklungsländern sicherheitsspezifische oder militärische Hilfestellungen bieten können. PSCs werden dadurch zu wichtigen **sicherheitspolitischen Lückenfüllern**. Oftmals wünschen die Regierungen von Entwicklungsländern auch keine Hilfe von Staaten, die an eine militärische Machtprojektion (ihrer Ansicht nach unzulässige) Bedingungen knüpfen. Auch hier stellen PSCs eine Alternative dar.

- Hintergrund vieler interner Konflikte in Entwicklungsländern sind immer weniger sozial oder politisch motivierte Auseinandersetzungen sondern oft ökonomische Verteilungskämpfe. In der Literatur ist deshalb auch vom Ende der klassischen Rebellenbewegungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Rede.¹¹ In diesen Verteilungskämpfen können PSCs als **Garanten staatlicher Handlungsfähigkeit** wirken, indem sie den Regierungen im Kampf gegen die oft besser ausgerüsteten und motivierteren Rebellen einen militärischen Vorteil verschaffen, den sie anderweitig nicht erlangen würden.
- Die bislang praktizierte Kombination einer Bereitstellung militärischer Expertise durch PSCs einerseits, mit einer offiziell mandatierten internationalen Eingreiftruppe andererseits, ist in ihrer jetzigen, eher verdeckt praktizierten Form sicherlich zu überdenken. Diese Kombination birgt jedoch einige Vorteile. Untersuchungen zeigen, dass ein Eingreifen von PSCs im Vergleich zu internationalen Organisationen oder regionalen Abmachungen nicht nur sehr viel **geringere Kosten** verursacht,¹² sondern oft auch **effektiver** ist.¹³